

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

28.6.1884 (No. 152)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 28. Juni.

№ 152.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einschickungsgebühr: die gewöhnliche Postgebühren oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 21. d. Mts. gnädigst geruht, den außerordentlichen Professor Dr. Karl Brüggemann in Leipzig zum ordentlichen Professor der vergleichenden Sprachwissenschaft an der Universität Freiburg zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 25. d. Mts. gnädigst geruht, dem Bezirksarzt Dr. Heribert Ritter in Neßkirch die Stelle des Bezirksarztes in Eitenheim zu übertragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 27. Juni.

Das es nicht das „sterile Sandloch“ Angra Pequena an sich sein konnte, welches den Engländern so große Schmerzen bereitet, liegt auf der Hand. Was den Briten in Wirklichkeit ein Dorn im Auge ist, das ist der Wettbewerb der deutschen Arbeit im Weltverkehr und — als neues Prinzip von unabsehbarer Tragweite — der Schutz derselben durch ein mächtiges Reich. Hinc lacrymae! Dem Namen Angra Pequena wohnt, die Sache von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, eine Art symbolischer Bedeutung bei. Das erkennt auch die „Times“ recht wohl, wenn sie in ihrem letzten Leitartikel mit schmerzlicher Ergebung die Thatsache beleuchtet, daß überall auf dem Erdball, wo Lebensunterhalt erreichbar, deutsche Kaufleute sich einmischen: in Amerika und China, wo sie den Engländern einen empfindlichen Wettbewerb entgegenstellen durch größere Arbeit und Begünstigung mit geringem Gewinn; in Australien, wo sich im letzten Jahrzehnt 12,000 Deutsche niederließen; nicht zu sprechen von den alten Kulturländern Frankreich, Rußland, Rumänien, England, wo ihr Wettbewerb mit der heimischen Arbeit schmerzlich geworden sei. Trotzdem glaubt die „Times“, England dürfe der deutschen Ausbreitung nicht feindlich gegenüber treten, einmal weil das Interesse der Menschheit eine möglichst schnelle Entwicklung der unentwickelten Länder erheische; zweitens weil ein Widerstand fruchtlos wäre, denn ein Land, dessen Bevölkerung seine Ernährungsfähigkeit übersteigt, wird seine überflüssigen Elemente nach auswärts entsenden, und keine Einwendungen englischerseits werden den Auswandererstrom, der sich von Hamburg und Bremen aus ergießt, stauen und verhindern, daß die Deutschen dort, wo ihnen die Lebensbedingungen günstig, sich niederlassen. Daher freut sich die „Times“, daß in der kleinen aber wichtigen Angra-Bequenna-Angelegenheit die beiden großen Kolonisationsländer ohne ernsthafte Schwierigkeiten sich verständigten. „Denn“, sagt die „Times“, „als kolonisierende Nation kommt uns Deutschland am nächsten.“

Nach den letzten Nachrichten aus Ostasien möchte man heinathe glauben, der vielgelobte Vertrag Frankreichs mit China sei eigentlich nur die Einleitung zu einem regelrechten Krieg gewesen. Die heute vorliegenden Depeschen schafften noch keine vollständige Klarheit über die Tragweite der militärischen Konfrontation, sie lauten aber sehr bedenklich. Aus Hanoi wird vom gestrigen Tage gemeldet: „Die französische Garnison von Hanoi kämpfte zwei Tage lang gegen die Chinesen und verlor 10 Tode und 33 Verwundete. Zwei Dampfer sind abgegangen, um die Verwundeten aufzusuchen (!). Regier traf mit Verstärkungen zwei Kilometer jenseits Baclo zur Kolonne und erwartet Instruktionen. Die chinesischen Generale Wuongly und Nony stehen mit 10,000 Regulären zwischen Lang Son und Baclo.“

Dem Nachtragsetat entnehmen wir folgendes: Das Reichs-Versicherungsamt soll eine mit selbständigen Entscheidungsbefugnissen ausgerüstete Behörde sein, welche — unbeschadet gewisser dem Bundesrath übertragenen Funktionen — die Durchführung des Gesetzes in organisatorischer, administrativer, verwaltungsgerichtlicher und disziplinarischer Beziehung in letzter Instanz in der Hand hat. Eine oberste Reichsbehörde, wie das Reichsamt des Innern, das Reichs-Justizamt und das Reichs-Schatzamt ist indessen das Reichs-Versicherungsamt nicht. Ähnlich wie die „Reichskommission“ und das „Bundesamt für das Heimathswesen“ gehört das Reichs-Versicherungsamt zum Ressort des Reichsamtes des Innern, dessen geschäftlicher Aufsicht es untersteht. Das Gesetz gewährt niemand und namentlich auch der erwählten Aufsichtsbekörderung des Reichs-Versicherungsamts einzugreifen oder statt seiner selbst zu entscheiden. Das Amt ist berufen, die vom Bundesrath in Ausführung des Gesetzes zu fassenden Beschlüsse vorzubereiten. Das Versicherungsamt soll aus einem Vorsitzenden (Gehalt 12 000 M.), mindestens zwei ständigen Mitgliedern (mit 9000—7500 und 6900 bis 4500 M. Gehalt) und acht nicht ständigen Mitgliedern

bestehen. Der Vorsitzende und die übrigen ständigen Mitglieder werden auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Von den nichtständigen Mitgliedern werden vier vom Bundesrath aus seiner Mitte und je zwei von den Vorständen der Berufsvereinigungen und von den Vertretern der versicherten Arbeiter unter Leitung des Reichs-Versicherungsamts gewählt. Die Vergütung für die nichtständigen Mitglieder wird auf einen Jahresbetrag von 1500 M. bemessen, wobei, was die Vertreter der Berufsvereinigungen und der Arbeiter anlangt, zu erwägen ist, daß dieselben, wenn sie außerhalb Berlins wohnen, neben jener Vergütung nur den Ertrag der Kosten der Hin- und Rückreise zur Theilnahme an den Sitzungen erhalten. Der Bureauvorsteher soll 4200 M. Gehalt und außer dem Wohnungsgeld-Zuschuß eine pensionsfähige Zulage von 1200 M. erhalten. Zur Remuneration von Hilfsarbeitern sind 30 000 M. ausgeworfen, um dem Reichs-Versicherungsamt für den Fall, daß die vorgezeichnete Minimalzahl der etatsmäßigen Mitglieder zur Bewältigung namentlich der organisatorischen Arbeiten nicht ausreichen sollte, die Möglichkeit zu gewähren, seinen Aufgaben durch Heranziehung von Hilfsarbeitern gerecht zu werden. Die sachlichen und vermöglichen Ausgaben sind auf 48 000 M. veranschlagt worden, wovon auf die Miethe zu den Geschäftsräumen 10 000 M. entfallen dürften. Zur Errichtung der Bibliothek für das Reichs-Versicherungsamt werden 10 000 M. gefordert.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck

äußerte in der gestrigen Reichstags-Sitzung bezüglich der Kolonisations-Frage im Wesentlichen Nachfolgendes:

Der Herr Abg. Rickert hat sich darüber beklagt, daß der Zusammenhang, in den ich meiner Ueberzeugung nach die Dampfschiff-Vorlage mit den Kolonialbestrebungen im allgemeinen bringen muß — ebenso gut wie hier die Korea-Frage und die Frage der Handelsvertrags-Schließung mit den ostasiatischen Staaten in denselben Zusammenhang gebracht worden ist —, daß dieser Zusammenhang von mir nicht früher geltend gemacht worden wäre. Ja, einerseits muß ich auch da auf Ihre Rücksicht rechnen; Sie überschätzen mitunter das Maß von Zeit und Kräften, über die ich verfüge. Ich habe neben meiner Thätigkeit im Reichstag doch auch eine gewisse Anzahl nicht minder wichtiger Geschäfte, die gerade bei der jetzigen europäischen Lage mich wesentlich in Anspruch nehmen. Ich kann deshalb unmöglich zu geben, daß es meine Pflicht gewesen wäre, jeden meiner Gedanken und Hintergedanken bei dieser Gelegenheit auszusprechen. Außerdem aber habe ich schon neulich in der Kommissionssitzung in Gegenwart des Herrn Abg. Rickert darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht berechtigt gewesen wäre, über diese Kolonialvorlage früher zu sprechen, als bis die Gefahr überwunden war, daß wir bei dem fait accompli, das wir machten, uns in einem Widerstreit mit bestreuten Mächten wie England befänden würden, dessen Lebhaftigkeit und Tragweite sich vorher gar nicht berechnen ließ. (Hört, hört! rechts.) Deshalb habe ich mit großer Sorgfalt und Vorbehalt über diese Sache kein Wort geäußert, bis ich die volle Sicherheit hatte, daß die englische Regierung sich überzeugt hatte, daß weder bei noch ihrer Kolonie irgend ein den deutschen Bestrebungen entgegenstehendes Recht zur Seite stände, und daß sie kein Interesse dabei hätte, unsere Bestrebungen zu hindern. Von dem Augenblicke an — ich glaube nicht 24 Stunden, nachdem ich die telegraphische Mittheilung von diesem mir erwünschten Abschlusse erhalten hatte — habe ich nicht mehr geschwiegen. Sie können von einem auswärtigen Minister überhaupt nicht verlangen — es wird das in keinem Lande der Welt verlangt, — daß er über alle schwebenden Verhandlungen mit Ihnen cartes sur table spielt und Ihnen die innersten Winkel seines Herzens, alle seine Pläne hier offen darlegt. Ich erlaube mir in der Kommission schon zu bemerken, wenn Sie überhaupt auswärtige Politik treiben wollen oder Politik, die Sie mit dem Auslande auch nur in Beziehung bringt, wie die Kolonialpolitik, so ist ein gewisses Maß von Vertrauen zu dem Leiter der auswärtigen Politik, zu den Vorgesetzten, die er macht, ganz unentbehrlich (sehr richtig! rechts). Sie sagen, Sie hätten das zu mir; nur im Innern, nur in der inneren Politik sei ich der Gegenstand Ihres Mißtrauens und Ihres Widerpruchs. So oft ich aber in der äußeren Politik etwas Außergewöhnliches unterstülze, wie diese Dampfschiff-Vorlage, so habe ich immer noch gefunden, daß auch dort mir dieses Vertrauen nicht zur Seite steht, und wenn der Herr Abg. Rickert von Schmeicheleien spricht, die mir aufgedrungen werden sollen, so lasse ich mir das gern gefallen, ich bin daran gewöhnt und dagegen abgestumpft; einen Ertrag aber für das Vertrauen, dessen ich bedarf, um ernste auswärtige Geschäfte des Deutschen Reiches zu führen, kann ich in diesen äußerlichen Kundgebungen von Wohlwollen nicht sehen, die nur einen Angriff, der demächst auf mich erfolgt, mit mehr Nachdruck verleihen, indem sie den Schein erwecken, als seien selbst die wohlwollenden Freunde des Ministers, der sonst ihr Vertrauen verdiente, durch ihre Unterstellungen außer Stande gesetzt worden, ihm zu folgen. Solche Versicherung kann ich als einen Ertrag für die solide Basis des Vertrauens nicht annehmen. Außerdem ist von Kolonialbestrebungen in allen unseren Blättern über auswärtige Politik und über inländische in den letzten Monaten so viel die Rede gewesen, sehr viel mehr, als mir lieb gewesen ist. Es ist sehr schwer, das Geheimniß über die Pläne, die wir hatten, zu bewahren, und ich bin überzeugt, die Herren Abg. Rickert und Bamberger haben bei der Feinsichtigkeit, die sie in Bezug auf alle Erscheinungen in der Presse haben, bereits gemußt, um was es sich handelt, und den Zusammenhang zwischen überseeischer Kolonialpolitik und Dampfschiff-Subvention erkannt. Ich glaube, dazu hätten sie meine Führung nicht gebraucht, und mir scheint,

sie haben jetzt das Bedürfnis, von ihrer Einsicht eine geringere Meinung in den Blättern zu verbreiten, als wirklich der Fall ist. Sie stellen sich so, als wenn sie das nicht längst klar gesehen hätten; ich will mich nicht schärfer ausdrücken, wie sie sich stellen (Weiter! rechts), aber jeder wird vom Gegner am genauesten gewürdigt, und wenn ich mit ihren Absichten nicht einverstanden bin, so muß ich doch der Geschicklichkeit und der Einsicht mit der sie die Sache vom Parteistandpunkt aus verfolgen, die volle Gerechtigkeit widerfahren lassen, eine so weitgehende Gerechtigkeit, daß ich an ihr Nichtwissen nicht glaube.

Meine Pflicht zum Schweigen dehnte sich auch auf meine Beziehungen zu dem eigentlichen Pflanzvater dieser Vorlage, dem Herrn Staatssekretär Stephan, aus. Ich habe auch diesem Herrn kein Wort von unsern Kolonialabsichten gesagt, weil ich, wo ich die Verpflichtung habe, zu schweigen, diese Verpflichtung sehr ernsthaft nehme, auch den Leuten gegenüber, deren Beschwichtigung mir vollkommen sicher ist. Daß ich der Vorlage früher, vor meiner Erklärung eine andere Bedeutung gegeben habe, als jetzt durch meine Versicherung, daß sie für mich unbedingt in Zusammenhang mit der Kolonialfrage steht, kann ich unmöglich zugeben. Ich glaube, Hr. Rickert spielt da auf die Erklärung an, die ich in der Kommission zuerst abgegeben habe, nämlich, daß es in keiner Weise meine Absicht sei, die bestehenden Linien und Interessen zu ignorieren, sondern daß ich schon vor Wochen, als ich einmal Gelegenheit hatte, mich über die Sache zu äußern, gesagt habe, ich wäre nicht für Regie, sondern für Subvention. Ich habe hinzugefügt, daß ich als Regie jede durch gouvemenmentalen Einfluß neu geschaffene Linie ansehe. Wie ich dadurch, durch diese meine Erklärung, das Bestehende pflegen und ausbilden zu wollen und nicht durch Konkurrenz zu zerstören, der Sache eine andere Färbung gegeben haben soll, verleihe ich nicht. Das Vertrauensvotum, welches die Vorlage für den Reichskanzler verlangt, ihm die Verfügung über 4 Millionen vollständig zu überlassen, ist in so allgemeinen Ausdrücken gefaßt, daß diese meine Version ebenso gut als jede andere Platz greift, und wenn Sie von Hause aus die einseitige Erklärung der Sache gegeben haben, als müßte die Vorlage, wenn sie angenommen würde, dahin führen, die bestehenden Linien durch die Konkurrenz zu ruinieren, so ist das Ihre Sache. Es ist wieder der Mangel an Vertrauen, über den ich vorher zu klagen hatte, daß Sie jederzeit das Gemeinlichste und Törichteste den Intentionen zu Grunde legen, die der Reichskanzler haben könnte, wenn er einer Vollmacht bedarf. Ich hatte nie eine andere Absicht, als mit den bestehenden Firmen zuerst zu verhandeln über die Aufbesserung ihrer Verhältnisse, über die Bedingungen, welche man ihnen zu stellen hätte, wenn sie sich dieser Vorlage bedienen wollten. Ich glaube nicht, daß ich den Rath gehabt hätte, wenn ich es beabsichtigte, auf eigene Verantwortung zur Schöpfung einer vollständig selbständigen, gewissermaßen fiskalischen Konkurrenz vorzuschreiten, ohne von neuem die Zustimmung des Reichstags dafür zu gewinnen. Wenn Sie den Text der Vorlage genau lesen, so können Sie meine Behauptung nicht bestritten, daß die Vollmacht, die mir durch dieselbe erteilt wird, so allgemein ist, daß sie weder diese noch eine andere Version ausschließt; sie geht so weit, daß ich mich nie unterstanden haben würde, sie in voller Ausdehnung zu benutzen, ohne durch Kontrolle mich zu versichern, daß ich im Einverständnis mit denjenigen Körperschaften bliebe — nämlich mit dem Bundesrath und Reichstage —, die mir diese weitgehende Vollmacht anvertraut haben würden. Ich weiß, daß ich in dem, was ich thue, eine wohlwollende Kritik nicht zu erwarten habe und daß in einer neuen Branche der Thätigkeit, für die ich verantwortlich bin, nur eine neue Unterlage für die Kritik und die Angriffe meiner Thätigkeit geschaffen wird. Wenn Hr. Rickert den Wunsch ausgesprochen hat, daß ich in authentischer Form wiederholen möchte, was ich über die Kolonialprojekte und über meine Auslegung der Vorlage in der Kommission gesagt habe, so glaube ich in letzter Beziehung mich schon dementsprechend geäußert zu haben.

Was die Kolonialfrage im engeren Sinne anlangt, so wiederhole ich die Genesis derselben, wie ich sie damals angegeben habe. Wir sind zuerst durch die Unternehmung holländischer Kaufleute, verbunden mit Terrainankäufen, gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz, dazu veranlaßt worden, die Frage, ob wir diesen Reichsschutz in gewünschter Maße verschaffen können, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien — ich will sagen nach dem System, wie die meisten im vorigen Jahrhundert waren, was man jetzt das französische System nennen könnte — gegen Kolonien, die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, — daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art von Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausföhrbar ist, heute auch noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, daß man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die der Herr Abgeordnete Bamberger in der Kommission als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, daß dieser falsche Weg eingeschlagen war, daß man gewissermaßen einen Hafen hat bauen wollen, wo noch kein Verkehr war, eine Stadt wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten. Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig, und zweitens, ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, diejenigen seiner Unterthanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säfte des gesammten deutschen Körpers naturgemäß herausgewachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angebeihen zu lassen. Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit, — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird — aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann mich dem nicht entziehen. Ich bin mit einem gewissen Bögen an die Sache herantreteten und habe mich gefragt, womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen überseeischen Un-

ternehmen, über deren Nuth — ich habe die Herren persönlich gesprochen — über deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe, sagen wollte: das ist alles sehr schön, aber das Deutsche Reich ist dazu nicht stark genug, es würde das Uebelwollen anderer Staaten auf sich ziehen, es würde, wie Herr Dr. Bamberger sehr richtig schilderte, in unangenehme Verührung mit andern kommen, es würde Rosenblätter (hört, hört!) rechts erhalten, für die es keine Vergeltung hätte; dazu ist unsere Flotte nicht stark genug! Alles das hat Herr Dr. Bamberger in der Kommission vorgetragen. Aber ich muß sagen, daß ich als der erste Kanzler des neugeschaffenen Reiches doch eine gewisse Schüchternheit empfand, eine Abneigung, mich so auszusprechen; und selbst wenn ich an diese unsere Schwäche und Unfähigkeit geglaubt hätte, ich würde mich genirt haben, den Hilfsuchenden offen zu sagen: wir sind zu arm, wir sind zu schwach (Beifall rechts), wir sind zu furchtsam, für euren Anschluß an das Reich auch Hilfe vom Reich zu gewähren. (Beifall rechts.) Ich habe nicht den Nuth gehabt, diese Bankrotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmungen den Unternehmern gegenüber als Reichskanzler auszusprechen.

Wohl aber habe ich mich sehr sorgfältig bemüht, ausfindig zu machen, ob wir nicht in unberechtigter Weise in wohlverworbene ältere Rechte anderer Nationen eingriffen, und die Bemühungen, mich darüber zu vergewissern, haben mehr als ein halbes Jahr Zeit erfordert. Sie werden mir wohl erlassen, das auseinander zu setzen, weil es ohne Kritik nicht abginge. Ich habe mich dann entschlossen, an die englische Regierung die Frage zu stellen, ob sie auf Angra Pequena Rechtsansprüche geltend mache, und wie sie im Fall, daß es so wäre, glaube, diese begründen zu können. In Bezug auf andere Landstriche, wo ebenfalls deutsche Kaufleute sich in gleicher Weise zu etabliren beabsichtigen, konnte ich mich ohne Rücksicht bei andern überzeugen, daß dort nur die eingeborenen Stämme bisher eine Souveränität ausübten und daß da Zweifel nicht vorliegen. Es wird sich bald Gelegenheit bieten (hört, hört!) auch hierüber, wenn Sie dann auch freilich nicht mehr versammelt sein werden, Eröffnungen zu machen. Es wird sich diese Gelegenheit jedenfalls in der nächsten Session finden und die Zeitungen werden vorher schon Nachricht davon bringen. Aber in Bezug auf Angra Pequena war es nicht ganz zweifellos; es waren englische Verwerks-Unternehmungen da, die gleichfalls von den dortigen Stämmen Konzessionen erworben hatten, es waren englische Kaufleute dort ansässig, es war nicht dabei eine zweifellose von Engländern früher einmal in Besitz genommene Insel ähnlichen Namens; kurz und gut, es waren dort so viel Zweifel vorhanden, daß ich einer so eng und traditionell befreundeten Regierung und Nation gegenüber, wie es die englische ist, auf keinen Fall leichtfertig vorgehen wollte, um nicht Anlaß zu einem Konflikt zu geben, aus dem wir uns entweder in Erkenntniß unseres Unrechts hätte zurückziehen müssen oder ihn durchsetzen auf Kosten einer Freundschaft, auf die wir Werth legen — es ist nur die Vermittlung einigermaßen dadurch verwickelt worden, daß die englische Regierung glaubte, nicht ohne Verständigung mit der Cap-Regierung, wozu die Verbindung noch nicht so schnell ist wie zwischen hier und London, in der Sache vorgehen zu können. Es hat sich hingezogen, und erst die lebhaften Verhandlungen in den letzten Wochen haben mich erkennen lassen, daß ein glänzendes Resultat im Laufe der vorigen Woche durch eine unumwundene Erklärung der englischen Regierung herbeigeführt worden, die dahin lautet, daß die englische Regierung lediglich wünschte, durch einen Notenaustausch die Rechte ihrer Konzessionäre und Unterthanen, die in jenen Bezirken bereits wohnen, sicherzustellen, kurz, die Achtung wohlverworbener Rechte von uns zu verlangen — ein selbstverständliches Verlangen, dem wir durch Beantwortung der hierüber zu erwartenden englischen Note entsprechen werden. Es ist das jederzeit unsere Absicht gewesen, wie wir überhaupt in keine exklusiven Kolonialpolitik einzutreten gedenken, wie leider andere, weniger mächtige Staaten wie England sie ausüben und dadurch das Aufblühen und den Handel ihrer Kolonien unterdrücken. Das liegt nicht in unserer Absicht, sondern ich glaube, soweit wir überhaupt eine Kolonialpolitik treiben, wird sie selbst die Zuliebe der veränderlichen Parteien in unserem Lande sich zu erwerben vermögen. Indessen das gehört der Zukunft an, das wollen wir abwarten.

Es ist jedoch von Herrn Richter darauf hingewiesen worden, daß unsere Kolonialunternehmungen ganz außerordentlich kostspielig seien und unsern nothleidenden Reichschatz in eine noch schlimmere Lage bringen würden als jetzt. Es ist das allerdings richtig, wenn wir, wie das früher bei ähnlichen Versuchen geschehen ist, damit anfangen wollten, eine Anzahl von oben und unten Beamten dorthin zu schicken und zunächst eine Garnison dorthin zu legen, Kasernen, Häfen und Forts zu bauen. Das ist aber nicht unsere Absicht, wenigstens die meinige nicht. Meine von Sr. Maj. dem Kaiser gebilligte Absicht ist, die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonie ebenso wie für Entfaltung der Thätigkeit und dem Unternehmungsgeist unserer festsitzenden und handelstreibenden Mitbürger zu überlassen und weniger in der Annelirungsform von überseeischen Provinzen an das Deutsche Reich vorzugehen als in der Form der Gewährung von Freiweisen nach Gestalt der englischen royal charters, im Anschluß an die ruhmvolle Laufbahn, welche die englische Kaufmannschaft bei Gründung der Ostindischen Compagnie zurückgelegt hat (hört, hört! rechts), und den Interessenten der Kolonie zugleich das Regieren derselben im Wesentlichen zu überlassen und ihnen nur die Möglichkeit europäischer Jurisdiktion für Europäer und desjenigen Schutzes zu gewähren, den wir ohne stehende Garnisonen dort leisten können. Ich denke mir also, daß man dann entweder unter dem Namen eines Konsuls oder eines Residenten bei einer derartigen Kolonie einen Vertreter der Autorität des Reiches haben wird, der Klagen entgegenzunehmen hätte, und daß irgend eines unserer See- und Handelsgerichte — sei es in Bremen oder Hamburg oder wo sonst — die Streitigkeiten entscheiden wird, die im Gefolge der kaufmännischen Unternehmungen entstehen könnten. Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwicklung, auch solche, die sich eine Souveränität, eine schließlich dem Deutschen Reich lehnbar bleibende, unter seiner Protection stehende kaufmännische Souveränität erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft, als auch gegen Bedrückung und Schädigung von Seiten anderer europäischer Mächte. Im Uebrigen hoffen wir, daß der Baum durch die Thätigkeit der Gärtner, die ihn pflanzen, auch im Ganzen gedeihen wird, und wenn er es nicht thut, so ist die Pflanze eine verfehlte, und es trifft der Schaden weniger das Reich, denn die Kosten sind nicht bedeutend, die wir verlangen, sondern die Unternehmer, die sich in ihren Unternehmungen vergriffen haben. Das ist der Unterschied: bei dem System, welches ich das französische nenne, will die Staatsregierung jedesmal beurtheilen, ob das Unternehmen ein richtiges ist und ein Gedeihen in Aussicht stellt; bei unserm System überlassen wir dem Handel, dem Privatmann

die Wahl, und wenn wir sehen, daß der Baum Wurzeln schlägt, anwächst und gedeiht und den Schutz des Reiches anruft, so stehen wir ihm bei; und ich sehe auch nicht ein, wie wir ihm das rechtmäßig verweigern können. Ich bedaure, daß mein Gesundheitszustand im Augenblick mir nicht gestattet, meine Auslassungen die Ausdehnung zu geben, die der Wichtigkeit der Sache und meinen eigenen Wünschen entspricht; ich besitze mich aber leider in den letzten Tagen nicht so, wie ich es im Interesse der Geschäfte wünschen möchte, und deswegen bitte ich, meine Mittheilungen, soweit ich sie gegeben habe, mit Rücksicht aufzunehmen. Ich kann meinen Wunsch nicht wiederholen, daß jetzt noch Dinge beschlossen werden möchten; es würde auch zu nichts führen; den Beschluß, jetzt nichts zu beschließen, welchen die Vertreter Ihrer Fraktion ausdrücklich sandgegeben haben, könnte ich schon aus der dilatorischen Art der Kommissionsverhandlungen entnehmen. Wenn man dort gleich einen Aufschub von 8 Tagen zuerst in Aussicht nahm und dann wieder einen von 8 Tagen beantragte, und dann, anstatt am Dienstag die Berathung fortzusetzen, sie auf Freitag verschob — nun, meine Herren, ich bin Diplomat genug, um diese Sprache zu verstehen. (Beifall.) Es heißt also: Sie wollen in dieser Session die Vorlage nicht weiter beraten, und ich muß mir daher vorbehalten, wenn ich es erlaube und im Amte bin, sie in der nächsten Session wieder vorzubringen. Ich nehme also nicht für immer von dieser Vorlage Abschied, sondern ich sage: Auf Wiedersehen. (Beifall: rechts.)

Nachdem Fürst Bismarck in einem kurzen Schlussworte auf eine Bemerkung des Abg. Richter noch erwähnt hat, daß unsere Beziehungen mit Frankreich die besten seien und daß, soweit Menschen zu sehen vermöchten, auch kein Anlaß vorliege, von irgend einer Seite eine Trübung dieses Verhältnisses zu befürchten, wird die erste Lesung der Korea-Vorlage erledigt. Die zweite Verhandlung, in welcher keine Debatte mehr stattfand, führt zur Annahme der Vorlage. Auf die Tagesordnung der morgenden Sitzung wird die Unfallvorlage gesetzt.

Deutschland.

* Berlin, 26. Juni. Durch die unerwartete Debatte, die sich heute im Reichstage über die Dampfersubvention entpinnen hat, ist der Schluß der Session um einen Tag verzögert worden. Er wird voraussichtlich jetzt statt Freitag erst Samstag erfolgen.

Gms, 26. Juni. Zu der kaiserlichen Tafel waren gestern geladen: Prinz Nikolaus von Nassau, die Regierungspräsidenten v. Bernuth, v. Hoffmann und Kasse, Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Albrecht, Bürgermeister Spangenberg und Geh. Sanitätsrath Dr. Orth. Später arbeitete Se. Majestät allein und erschien Abends im Theater.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. Juni. In dem Prozesse wegen der im vorigen Jahre stattgefundenen antisemitischen Unruhen wurden sämtliche Angeklagten von der Anklage auf Aufrührer freigesprochen, hingegen 26 Angeklagte wegen Gewaltthätigkeiten gegen Private zu einjähriger bis dreiwöchentlicher Kerkerstrafe verurtheilt. 19 wurden freigesprochen.

Italien.

Rom, 26. Juni. Depretis legte in der Kammer einen Gesetzentwurf über die Kosten des zum nächsten Oktober in Rom zu veranstaltenden internationalen Sanitätskongresses vor. — Die italienische Postverwaltung verständigt das Publikum, daß der postalische Paketverkehr von Frankreich nach Italien bis auf weiteres eingestellt sei. Von Frankreich kommende Korrespondenzen werden an der Grenze desinifizirt.

Frankreich.

Paris, 26. Juni. Eine Depesche des Generals Willot an den Marineminister bestätigt die Nachricht von dem Ueberfall einer französischen Truppenabtheilung durch reguläre chinesische Truppen. Die französische Abtheilung, welche aus 700 Mann, darunter 300 Mann tongkinesische Hilfstruppen, bestand, behauptete ihre Stellung und zwang den an Zahl weit überlegenen Feind zum Rückzuge. — Patentre, welcher in China Beschwerde wegen des Ueberfalls bei Lang-Son erheben wird, ist in Hongkong angekommen. Es wird sich an Bord des Admiralschiffes nach Shanghai begeben. — Der „Temps“ meldet, die hiesige chinesische Gesandtschaft versichert, die chinesische Regierung stehe den Vorgängen bei Lang-Son vollkommen fern. Die Gesandtschaft glaubt, die Angreifer seien nicht reguläre chinesische Truppen, sondern Deserteur, Irreguläre, welche zu den Banden der Lu-ping-hu gehöret und nicht auf chinesisches Gebiet zurückzukehren wagen, sondern das in Besitz genommene Terrain zu behalten versuchen. — In einer Berichtigung anderweitiger Gerüchte erklärt der „Temps“, in der vergangenen Nacht sei ein Fall sporadischer Cholera, wie solche häufig in Paris vorkommen, in der Rue Chaptal konstatiert. Die Krankheit wurde leicht gehoben.

— Deputirtenkammer. Ministerpräsident Ferry erwiderte Tenot, Patentre sei angewiesen worden, sich sofort nach Peking zu begeben, und wegen der Vorgänge bei Langson Genußabgabe zu verlangen, gleichzeitig habe Admiral Combet Befehl erhalten, mit 2 Geschwadern nordwärts zu gehen und Patentre zu unterstützen. Sodann erklärte Ferry auf die Interpellation Delafosse, Egypten betreffend, Frankreich habe alle möglichen Konzessionen erhalten. Das englisch-französische Uebereinkommen sei dem Bruche mit England vorzuziehen. Frankreich sei keineswegs lästern nach Egypten und wolle dort nur das internationale Recht zur Geltung bringen. Frankreich gebe vollkommen frei zur Konferenz. Was die Liquidationsfrage angehe, deren Regelung von der finanziellen Lage Egyptens abhängt, so verpöche die Regierung allen Interessen der französischen Bondholders im weitesten Umfange Rechnung zu tragen. Ferry schloß, der von der Regierung verfolgte Zweck sei, die Neutralität Egyptens, um der Neutralität des Suezkanals willen, zu sichern. Die Regierung habe von der englischen Regierung eine Erklärung in diesem Sinne erhalten und glaube ihre patriotische Pflicht erfüllt zu haben. (Beifall.) Souheyran nimmt Alt von den Ausföhrungen Ferry's und hofft, daß sich die Regierung jeder Zinsenreduktion widersehen werde. Solche würde nur der englischen Regierung zu flatten kommen, welche heute für die Verwaltung Egyptens verantwortlich sei. Wenn die

englische Verwaltung dort noch 3 Jahre dauere, würde es kein Egypten mehr geben. Es sei nothwendig, Egypten sofort zu neutralisiren. Charnes und Ribot beantragten, die Kammer möge ihr Urtheil über das Abkommen bis nach der Konferenz verschieben, und verlangen gleichzeitig, daß nichts ohne Zustimmung der Kammer beschlossen werde. Sie schlagen die Annahme der einfachen Tagesordnung vor. Ferry versprach, alle Arrangements vor dem definitiven Abschluß der Session der Kammer zu unterbreiten, weigerte sich jedoch mit Rücksicht auf die Bemerkungen Charnes' und Ribot's, die einfache Tagesordnung anzunehmen. Die genannten Deputirten erklärten, daß die einfache Tagesordnung nichts Feindliches gegen die Regierung involvire, sondern ihr volle Freiheit zum Verhandeln lasse. Ferry acceptirte in Folge dessen die einfache Tagesordnung, welche einstimmig angenommen wurde.

Spanien.

Madrid, 26. Juni. Die Cortessession wird am 20. Juli geschlossen. Vorher werden die auf Cuba einzuföhrnden Reformen beraten. Ueber die beabsichtigte Erbauung neuer Panzerschiffe ist der Bericht vertheilt. Die Regierung wendet den Marineangelegenheiten große Sorgfalt zu. — Gegenüber der Cholera in Toulon sind große Vorkehrungsmaßregeln angeordnet.

Großbritannien.

London, 26. Juni. Im Londoner Auswärtigen Amt werden die nöthigen Vorkehrungen für den Zusammentritt der ägyptischen Konferenz am Samstag getroffen. Den bis jetzt getroffenen Anordnungen zufolge, werden sich die Vertreter der Großmächte zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags in Lord Granville's Zimmer versammeln. Die erste Sitzung wird sodann in dem großen Konferenzsaal, wo die Donau-Konferenz tagte, abgehalten werden. Es heißt, daß der Schatzkanzler Childers der Konferenz als finanzieller Beistand Lord Granville's beizuwohnen wird. Rußland wird nicht durch Baron Mohrenheim, sondern durch Herrn v. Staal, der von Stuttgart nach London geht, vertreten sein.

— Oberhaus. Sidmouth will Montag anfragen, ob es wahr sei, daß ein Telegramm von Granville, betreffend Angra Pequena, dem deutschen Reichstage vorgelegt worden, und ob es auch dem britischen Parlamente mit anderen Schriftstücken vorgelegt werde. Carnarvon kündigt an, er werde Dienstag ein Labellvotum beantragen. Er erklärt, die Bedingungen des englisch-französischen Abkommens seien unannehmlich, die Ruhe und eine gute Verwaltung in Egypten herzustellen. Granville widerlegt die irthümliche Auffassung der von ihm jüngst abgegebenen Erklärung betreffend des Suezkanals. Was er gesagt, sei im Rundschreiben vom Januar 1883 enthalten, nämlich den Kanal in Kriegszeiten frei und nicht nur neutral zu machen.

— Unterhaus. Fismaurice erklärt, angesichts der ersten Einwände der Mächte gegen den Congo-Vertrag habe die englische Regierung der portugiesischen angezeigt, daß die Ratifikation nutzlos sei. Sie hoffe jedoch, den Teil betreffend die Flußkommission aufrecht zu erhalten und ihr, wie ursprünglich beabsichtigt worden, einen internationalen Charakter zu geben. Gladstone erklärt, keine der Mächte hätte in ihrer Antwort bezüglich des Abkommens mit Frankreich einen Einwand erhoben; alle hätten inbessen eine einseitige Äußerung sich vorbehalten, wie es scheint, bis die weiteren Vorschläge zu ihrer Kenntniß gekommen. Sämmtliche Mächte, einschließlich der Pforte, würden die Konferenz beschiden. Zweifelhaft sei, ob der Vertreter der Pforte bereits der ersten am Samstag stattfindenden Konferenzsitzung beiwohnen werde. Gladstone sagt die Verhandlung über das Labellvotum auf Montag fest, wenn die Reformbill heute stattfindet. Weiter konstatierte der Premier, daß die Erklärungen Ferry's bezüglich der Schuldenkommission vollständig wahrheitsgetreu seien. — Die Reformbill wurde in dritter Lesung ohne Abstimmung angenommen. Gladstone erklärte, ein etwaiger Konflikt mit dem Oberhause wäre ernst; er fürchte den Ausgang aber nicht; er verlange, daß die Thatfache, die dritte Lesung sei nemine contradicente angenommen, zu Protokoll verzeichnet werde. Dies geschieht. — Ohne Abstimmung wurde in zweiter Lesung die Regierungs-vorlage, welche die medizinischen Gesetze abändert, angenommen.

Serbien.

Nisch, 26. Juni. Die Skupstina votirte einstimmig den Bau der Eisenbahnlilien Kragujevac-Layowo und Semendrewo-Beliskaplana.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 27. Juni.

* Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin hat dem Badischen Frauenverein aus Anlaß seiner Jubiläumsfeier 1000 Mark überwiesen.

* Postkarten mit Antwort nach Ecuador. Denjenigen Ländern des Welt-Postvereins, nach welchen Postkarten mit Antwort abgefordert werden können, ist neuerdings auch Ecuador hinzugefügt. Das Porto für derartige Postkarten beträgt 20 Pfennig.

× Jubiläumsfeier des Badischen Frauenvereins. Nach Schluß der ersten Hauptversammlung, über die wir in der heutigen Beilage berichten, vereinigte gestern Nachmittag ein gemeinsames Mittagsmahl in der Festhalle die auswärtigen Festgäste, denen sich manche Karlsruher Vereinsmitglieder und Freunde des Frauenvereins angeschlossen. Es waren etwa 250 Personen hier zu dem in jeder Beziehung befriedigenden Festmahle vereinigt. Den ersten Toast brachte Herr Geh. Rath Sachs auf Ihre Majestät den Kaiser und die Kaiserin und auf Ihre Königlichen Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin, indem er mit einem Rückblick auf die verfloffenen 25 Jahre die große Entwicklung der Zeit unter diesen erhabenen Herrscherfamilien und deren segensreiche Wirksamkeit für das Deutsche Reich und unser Heimathland in warmen Worten schilderte. Herr Staatsminister Dr. Friedenthal feierte darauf den Bad. Frauenverein als Jubilar, indem er ihm in sinniger Weise zum Antritt seines 26. Geburtsjahres die jugendliche Frische und Lebendigkeit, wie sie aus diesem Lebensalter zu entnehmen sei, für seine fernere Wirksamkeit wünschte in Verbindung mit der reichen Erfahrung eines Jubeljahres. Von Großh. Finanzrath Fuchs wurde den Festgästen, insbesondere den um das Gedeihen des Vereins so sehr verdienten Frauen des Vereins der Dank dargebracht, worauf Herr Stadtpfarrer Hies aus Mannheim dankte und dem Centralcomité des Vereins ein Hoch ausbrachte. Herr Oberstaatsanwalt von Köllin aus Stuttgart brachte

ein Hoch auf die Stadt Karlsruhe und Herr Pfarrer Schmitt-
hennner ein solches auf den von den Bad. Frauenverein hoch-
verdienten Generalsekretär Sachs.

Nach Schluß des Mittagsmahls benutzten die Gäste die Zeit
bis zum Abend, um die verschiedenen Anstalten des Karlsruher
Frauenvereins, insbesondere die Krippe, die verschiedenen Schulen
und das Heim des Friedrich-Stiftes zu besichtigen. — Auf den
Abend hatten die Gäste eine Einladung in das großh. Schloß
erhalten, wo Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin sich
sämmliche auswärtige Gäste vorstellen ließ und in huldvollster
Weise mit den Vertretern der Vereine, welche zum größten Theil
der hohen Protektorin schon persönlich bekannt sind, verkehrte.
Auch Seine Königliche Hoheit der Erbprinzessin geruhte
der Vorstellung anzuwohnen.

Nach dem beim Empfangsbureau am letzten Tage gemachten
Anmeldungen waren 56 Frauenvereine des Landes mit 151 Ver-
tretern zur Jubiläumfeier erschienen; hiezu kamen indessen die
Vertreter von mehreren Vereinen, welche erst nachträglich sich
einfinden. Von außerbadiſchen Vereinen waren gegen 50 Ver-
treter eingetroffen. Der nach Hunderten von Mitgliedern zählende
Frauenverein von Karlsruhe bewies eine sehr lebendige Theil-
nahme an der Versammlung und widmete den Festgäſten alle
Aufmerksamkeit.

Heute Vormittag 1/2 9 Uhr fand in der Festhalle die Versamm-
lung der Vertreter der stimmberechtigten Zweigvereine mit den
Mitgliedern des Centralcomitês zur Erledigung der Geschäfte
des Landesauschusses statt. Die Anträge des Ausschusses er-
hielten einstimmige Genehmigung, insbesondere wurden die Zu-
wendungen für die Soobad-Station und für die Kleinkinder-
Bewahranstalten der Frauenvereine in Riehen und in Steins-
furth genehmigt. — Um 1/2 10 Uhr begann die zweite Hauptver-
sammlung, welcher Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin
mit hohem Interesse anzuwohnen geruhte. Zunächst begrüßte der
Generalsekretär die Versammlung und brachte ein Telegramm
Ihrer Majestät der Kaiserin zur Kenntniß, worin Hochdieselbe
Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin den Dank aussprach
und den Vereinen für die so warm ausgesprochenen Gefinnungen
ihre Dankbarkeit kundgeben ließ. „Möge die Feier des Band
unserer Vereine weiter beständig“ war der Schluß des Aller-
höchsten Telegramms.

Der Generalsekretär erstattete sodann an der Hand einer tabel-
larischen Uebersicht Bericht über die Aufgaben und die Thätigkeit
der Zweigvereine. Hieran reichten sich Mittheilungen mehrerer
Vereine über einzelne Leistungen, namentlich von Offenbarg über
die Arbeitsstunde des Vereins, von Gerabach über die Thätigkeit
im Gebiete der Frauenarbeit und von Rastatt über die Arbeit
des Vereins für Beschaffung und Herstellung von Weißzeug für arme
und frante Einwohner durch Damen des Vereins. Pfarrer Strauß
von Riehen berichtete in sehr ansprechender Weise über die Erich-
tung einer Kinderschule im Orte und sprach der hohen Protektorin
und dem Centralcomitê den Dank für die thatkräftige Hilfe aus;
das gleiche erfolgte aus Steinsfurth. Auf verschiedene weitere
Mittheilungen folgte zum Schluß ein eingehender Bericht des
Herrn Oberkirchenraths Silg über Mädchenfürsorge, in welchem
dieser bedeutungsvolle Gegenstand der Wirksamkeit der Vereine
näher dargelegt und den Zweigvereinen zur Beachtung warm
empfohlen wurde.

Die Gäste wurden hierauf von Karlsruher Vereinsmitgliedern
zum Besuch der Volkshalle und der ionstigen Anstalten des Ver-
eins geleitet.

Von dem Männer-Hilfsverein wurde Ihrer Königlichen
Hoheit der Großherzogin aus Anlaß der Jubiläumfeier
des Badischen Frauenvereins eine Adresse überreicht. Hochdiesel-
selbe hat hierauf an den Vorsitzenden des Männer-Hilfsvereins,
Geh. Archivrat, Dr. v. Beech, nachstehendes Handschreiben an-
dächtig zu erlassen geruht:

Die Beziehungen zwischen dem Badischen Männer-Hilfsverein
und dem Badischen Frauenverein sind von jeher so nahe gewesen,
daß es mir an dem heutigen Tage ein Bedürfnis ist, Meinem
lebhaftesten Dank Ausdruck zu geben für die rege Theilnahme,
welche uns von Seiten des Männer-Hilfsvereins stets entgegen-
gekommen ist, für alles Zusammenwirken und für alle Förderung
der gemeinsamen Vereinsinteressen. In großen und ersten
Zeiten zu eigentlichem Zusammengehen durch die Bestimmungen
beider Vereine verpflichtet, hat dieses Zusammenwirken auch in
friedlichen Zeiten seine segensvolle Fortwirkung nie verläugnet
und ein festes Band umschließt nunmehr seit Jahren beide Vereine,
wie in Zeiten kriegerischer Bedrohungen so in den friedlichen Zeiten,
da die Arbeit eine um so förderlichere erscheint, als sie sich mit
gemeinnützigen Werken beschäftigen darf, deren Lösung eine schöne
und dankenswerthe Aufgabe bietet, eine Aufgabe, bei deren Er-
füllung der Männer-Hilfsverein ein ebenso nachahmenswerthes
als in hohem Maße erprobliches Beispiel gewährt. Ich habe
eines der ersten Gedankenblätter, welches in diesen Tagen zur Er-
innerung an das 25jährige Bestehen des Badischen Frauenvereins
gedruckt worden ist, dem Männer-Hilfsverein zugedacht, und bitte
Sie, als dem Vorsitzenden desselben, diese Erinnerungsgabe in
Empfang nehmen zu wollen. Ihr Werth liegt nur in der Be-
deutung dessen, dem sie Ausdruck gibt. Daß ich sie dem Männer-
Hilfsverein in dankbarer Gefinnung zu übergeben die Freude
habe, gereicht mir zu großer Befriedigung.

Karlsruhe, den 26. Juni 1884.

(ges.) Luise,
Großherzogin von Baden
Prinzessin von Preußen.

An den Vorsitzenden des Männer-
Hilfsvereins Geheimen Archivrat
v. Beech.

* (In Mühlburg) findet am nächsten Sonntag die Feier zur
Grundsteinlegung der neuen katholischen Kirche statt.

* (Feuerwehreff.) Anlässlich der Uebergabe der Dampf-
spritze findet zu Ehren der Feuerwehr morgen Abend ein Garten-
fest im Stadtgarten statt.

* (In der Sitzung der Strafkammer) am 23. d. M.
kam auch die Anklage gegen Pfarrer Alois Geiß von Stoll-
hofen bei Rastatt wegen Exzeptionsversuchs zur Verhandlung.
Geiß wurde erst kürzlich von demselben Gerichtshofe zu 4 Wochen
Gefängniß und 200 M. Geldstrafe verurtheilt wegen einer un-
bedachten Aeußerung, die er sich gegen den Kaufmann Wilhelm
Scheringer und den Accisor Erhardt, mit denen er in Unfrieden
lebte, hatte zu Schulden kommen lassen. Gegen dieses Urtheil
wurde Berufung an's Obergericht eingelegt, und während
der Prozeß in dieser Instanz schwebte, forderte Pfarrer Geiß den
Kaufmann Scheringer in einem Briefe auf, die Kosten beider
Instanzen zu bezahlen und den Prozeß als beendet anzusehen,

andernfalls er ihn denunciren werde wegen freilicher Hand-
lungen, die er begangen habe. In Folge dessen wurde die neue
Anklage erhoben. Der Angeklagte erklärte, daß ihm nichts ferner
gelegen sei, als einen Exzeptionsversuch zu machen; er habe
nur den Prozeß beendigen wollen. In ähnlichem Sinne plaidirte
der Verteidiger Geiß's. Trotzdem verurtheilte der Gerichtshof
den Angeklagten zu einer neuen Gefängnißstrafe von 4 Wochen
und zu den Kosten.

□ (Schwurgericht.) Zweiter Fall. Anklage gegen den
Posthilfsboten Andreas Friedrich Billel von Aue bei Dur-
lach wegen Unterschlagung im Amte. Den Vorsitz führte Großh.
Landgerichts-Rath Jacobi. Die Anklage war durch Großh.
Staatsanwalt Libel erhoben und die Verteidigung durch Rechts-
anwalt Wolff geführt. Der Angeklagte, 26 Jahre alt und ver-
heirathet, welcher seit dem Jahre 1881 als verpflichteter Posthilfs-
bote mit einer Tagsgeldder ange stellt ist, hatte bei seinem Rund-
gange von einem Einwohner des Ortes Stupferich den Betrag
von 35 Mark zur Einzahlung an einen Fabrikanten in Juffen-
hausen eingehändigt erhalten, dieses Geld jedoch wider die Vor-
schrift der betreffenden Poststelle nicht abgeliefert, vielmehr zur
Vermeidung einer etwa einlaufenden Beschwerde dem Einzahler
einen gefälschten Einlieferungsschein eingehändigt. Der Ange-
klagte legte hierüber unumwundenes Geständniß ab, suchte das
Vergehen jedoch damit zu entschuldigen, daß bei der mangelhaften
Beschaffenheit des Aufbewahrungsortes des Geldes ein Zehnmark-
stück verloren gegangen sei; da ihm die sofortige Beschaffung
eines andern Zehnmarkstücks nicht möglich gewesen sei, habe er
eben den Rest des Geldes nach und nach zur Befriedigung drin-
gender Lebensbedürfnisse verwendet, ohne daß ihm anderweitige
Mittel zur Wiedererstattung zu Gebote gestanden wären. Ferner
fehlte von dem dem Angeklagten übergebenen eisernen Bestande an
Post-Werthzeichen im Betrage von 12 M. die Summe von 11 M.;
auch hier mußte der Angeklagte zugeben, die fehlende Summe
widerrechtlich in seinem Nutzen verwendet zu haben, ohne im Bes-
itze der Mittel zur Rückerstattung gewesen zu sein. Die Ge-
schworenen bejahen die Schuldfrage, ließen jedoch mildernde Um-
stände zu, worauf der Gerichtshof gegen den Angeklagten wegen
mehrfacher, theilweise erschwerter Unterschlagung im Amte, die
letztere verübt unter mildernden Umständen, und wegen Fälschung
einer öffentlichen Urkunde eine Gesamtgefängnißstrafe von sieben
Monaten erkannte und denselben zur Tragung der Kosten ver-
urtheilte.

Freiburg, 25. Juni. (Schwurgericht.) Der 4. Fall.
Voritz: Herr Schember, führte den 23jährigen Moritz Nord-
mann, Sohn des Kaufmanns D. N., in Firma D. und J.
Nordmann in Brach, vor die Schranken des Gerichts, ange-
klagt des Meineids. Der nicht im Geschäft seines Vaters und
Danks angestellte Moritz hatte ein Pferd nach Bettingen, Kanton
Basel, einem Steinfabrikanten verkauft; später, da der Firma
Nordmann dieser Handel nicht gefiel, weil die Zahlungsbeding-
ungen mit dem zwar rechtlichen, aber vermögenslosen Käufer
des Grauschimmels der obigen Firma nicht zusagten, diesen
Handel durch Rückgabe des Kaufscheins und die ihm als Gratifi-
cation gegebenen 3 Frcs. nach seiner Meinung rückgängig ge-
macht. Der Käufer in Bettingen strengte einen Civilprozeß
gegen die Vorräther Firma D. und J. N. an und verlangte eine
Entschädigung von 40 M. Moritz N. beschwor darauf seine vor
Gericht am 25. Januar gemachte Aussage, daß der Bettinger
Käufer den Schein und die 3 Frcs. bereits am 20. oder 21. De-
zember in Riehen in seine Blouse gesteckt habe. Die Gegenpartei
bestritt diese Aussage und der bisher ganz unbescholtene Ange-
klagte ward heute freigesprochen. — Die Abend-Sitzung, welche
gleichfalls zwei junge Menschen, Willibald Bleier von Weissen-
bach und Johann Muser von Reichheim, wegen Fahrens ein-
werfens und darauf gefolter Eidesabnahme vorführte, entband
die wegen Meineids Angeklagten von der Schuld. (Frb. B.)

* Freiburg, 26. Juni. (Görres-Gesellschaft.) Das Erd-
beben) Am 20. und 21. August d. J. wird die Görres-Gesell-
schaft für Pflege der kathol. Wissenschaft hier in Freiburg ihre
Jahresversammlung abhalten. — Ueber das an verschiedenen Orten
der Umgegend wahrgenommene Erdbeben wird aus Riehlins-
bergen berichtet: Leute im Freien empfanden ein erhebliches
Zittern des Bodens; die Personen in den Häusern sagten, die
Fenster klirrten und die Möbel ätterteten, wie wenn ein recht
schwerer Gegenstand auf die Zimmerdecke gefallen wäre. Die
Windfahne auf dem Dache kam in heftige Bewegung, obwohl die
Luft ganz ruhig war. Einige wollen auch ein Rauschen durch die
Luft gehört haben.

* Konstanz, 26. Juni. (Feuer.) In der Zimmermanns-
werkstätte von Herrn Weil an der Wallgasse ist Feuer aus-
gebrochen, welches sich mit rasender Schnelligkeit den neben-

liegenden Gebäuden mittheilte. Die Häuser von Schieferbeder
Lay und Fabrikant Rothschild, sowie die Gussfabrik von Zwider
sind bereits vom Feuer ergriffen. Die Feuerwehr steht dem
kolossalen Feuer fast machtlos gegenüber und es wäre schon als
ein großer Erfolg zu betrachten, wenn keine weiteren Gebäude
ergriffen werden. (Kst. B.)

* Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum. In
Heidelberg legte eine ledige Weibsperson ihr etwa 5 Wochen
altes Kind, weil der Vater desselben, ein lediger Dienstknecht,
keinen Ernährungsbeitrag leistete, in den Stall eines dortigen
Landwirths, in dessen Dienst sich der Knecht befindet. Das Kind
wurde daselbst von der Frau des Hauses gefunden und in Pflege
genommen, bis weitere Verfügung getroffen sein wird.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 27. Juni. (Reichstag.) Auf den Antrag
Minnigerode's, den gestrigen Beschluß redressirend, wurde
beschlossen, zunächst die Wahlprüfungen, dann erst die dritte
Lesung des Unfallgesetzes zu erledigen. Die Wahlen von
Szzaniecki und Rutschbach wurden dem Kommissionsantrage
gemäß für ungültig erklärt. Es folgt das Unfallgesetz.

Nach Schluß der Generaldebatte werden die §§ 1 und 2
nach dem neuen konservativ-kerikal-nationalliberalen Kom-
promiß, die §§ 3 und 4 in der Fassung zweiter Lesung
angenommen.

Der Reichstag nahm fast ohne Debatte den Rest des
Unfallversicherungs-Gesetzes an und genehmigte eine Re-
solutions Windthorst's, den Bundesrath zu ersuchen, zu er-
wägen, wie die durch dieses Gesetz geschädigten Beamten
der Privat-Versicherungsgesellschaften zu entschädigen wären.
Der Nachtragsetat wird in erster und zweiter Lesung ge-
nehmigt. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Morgen
Nachmittag findet voraussichtlich der Schluß des Reichs-
tags statt.

Breslau, 27. Juni. Sämtliche in der Grube Deutsch-
land Verthüttete sind gerettet.

Paris, 27. Juni. Die Anzahl der aus Toulon seit
gestern Abend gemeldeten Cholera-todten beträgt sieben.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standebuch-Register.

Geburten. 21. Juni. Rosa Karolina, B.: Gust. Rupp,
Schlosser. — 23. Juni. Friedrich Karl Georg, B.: Febr. Kratt,
Bäckmeister. — 24. Juni. August Hermann, B.: Aug. Kohl,
Schmied. — Adolf, B.: Uth. Schmitt, Kommissionsrath. — Wil-
helm, B.: Aug. Roth, Regierungskassier. — 25. Juni. Pauline
Luise Anna, B.: Karl Schwarz, Revisor. — Elsa, B.: Frz.
Wokalek, Schneider. — 26. Juni. Friedrich Wilhelm, B.: M. Schneider,
Schreiner. — Alfred Bruno, B.: Ant. Freng, Kaserneninspektor.

Eheaufgebote. 25. Juni. Friedrich Sänger von hier,
Kaufmann hier, mit Anna Kuffch von hier. — 26. Juni. Karl
Paul von Ueberlingen, Schlosser hier, mit Anna Martin von
Luttlingen. — 27. Juni. Franz Seippel von Rheineck, Kauf-
mann allda, mit Susanna Spohn von hier.

Eheschließung. 26. Juni. Rudolf Vogel von Spreng-
lingen, Kaufmann in Frankfurt a. M., mit Ida Wertheimer von
Eichstetten.

Todesfälle. 26. Juni. Wilhelm, 4 M., B.: Juna, Schlof-
fermeister. — Amalie, Ehefr. v. Maschinenarbeiter Brünner, 59 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

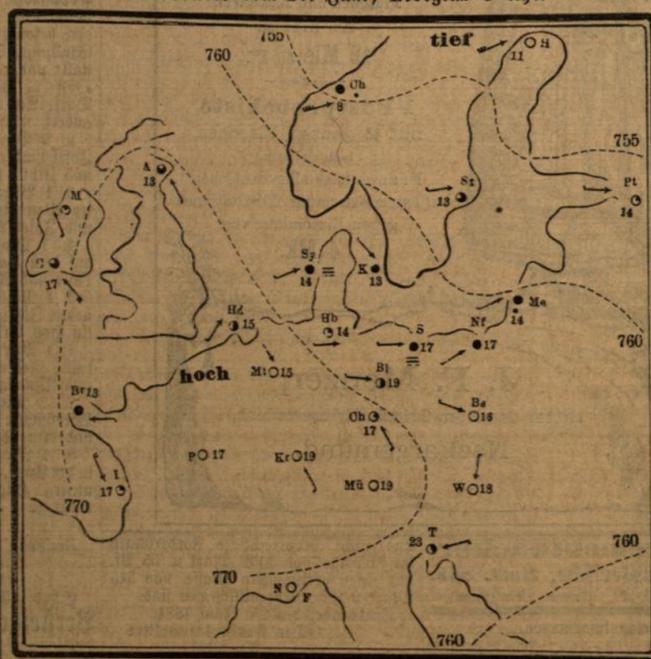
	Barom.	Thermom.	Absolute	Relative	Wind.	Himmel.
	mm	in C.	Feuchtigk.	Feuchtigk.		
			in mm	Zeit in %		
Juni						
26. Nachts 9 Uhr	754.2	+13.4	13.6	86	ESE	sehr bew.
27. Morgs. 7 Uhr	754.4	+17.2	11.6	80	still	wenig bew.
„ Mittags 2 Uhr	753.4	+26.0	10.8	44	NE	„

Wasserstand des Rheins. Mainz, 27. Juni, Morgs. 4 46 m,
gefallen 3 cm.

Rhein-Wasserwärme vom 27. Juni: 15 1/2 Grad.

Witterungsaussichten für Samstag, 28. Juni.
Es sieht heiteres, warmes und trockenes Wetter in Aussicht.
Witterungsaussichten-Bureau Karlsruhe.

Wetterkarte vom 27. Juni, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Hoher Luftdruck von über 765 mm hat sich über ganz Westeuropa ausgebreitet. Bei meist
steigender Temperatur ist das Wetter über Großbritannien, Frankreich und Deutschland ruhig, trocken und heiter, nur im südlichen
Ostsee-Gebiet herrscht stellenweise Regenwetter. In Deutschland liegt die Temperatur vielfach über der normalen. Triest hatte
gestern Abend Gewitter. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kurzberichte

vom 27. Juni 1884.

Staatspapiere.	Buchstaben	160 3/4
4% Reichsanleihe 103 1/2	Nordwestbahn	146 1/2
4% Preuss. Cons. 102 1/2	Eibthal	156 1/2
4% Baden in R. 101 1/2	Messenerbahn	199 3/4
4% Mitt. 102 1/2	Hess. Ludwig	109 3/4
Deutscher Goldrente 85 1/2	Rübel-Wüchen	165 1/2
Silberrent. 67 1/2	Gottbard	108 3/4
4% Ungar. Goldr. 76 1/2	Loose, Wechsel zc.	
1877er Russen 93 1/2	Deft. Loose 1860	120 1/2
II. Orientanleihe 58	Wechsel a. Amst.	163.52
Italiener 94 1/2	„ „ Lond.	20.43
Ägypter 58 1/2	„ „ Paris	81.17
Banken.	„ „ Wien	167.90
Kreditaktien 252 1/2	Napoleonsd'or	16.22
Disconto-Comm. 196 1/2	Privatdisconto	3 1/2
Basler Bankver. 136 1/2	Bad. Juckerfabrik	108 1/2
Darmstädter-Bank 150 1/2	Alkali Westf.	151 1/2
Wien. Bankverein 87 1/2	„ „	
Bahnaktien.	Kreditaktien	252 1/2
Staatsbahn 264	Staatsbahn	264 1/2
Lombarden 122 1/2	Lombarden	122 1/2
Galizier 237 1/2	Tendenz: still.	

Berlin.	Wien.
Def. Kreditakt. 507.	Kreditaktien 300.80
Staatsbahn 531.	Marknoten 59.60
Lombarden 244.50	Tendenz: —
Disco-Comm. 196.40	Paris:
Lombardhütte 107.10	4 1/2% Anleihe 107.23
Dortmunder 96.	Spanier 59 1/2
Marienburger 73.50	Ägypter 292
Böhm. Nordbahn —.	Ottomane 626
Tendenz: —	Tendenz: —

